

Sehr geehrter Herr Ortsvorsteher Schütz,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Häusler,
liebe Überlinger Bürgerinnen und Bürger,

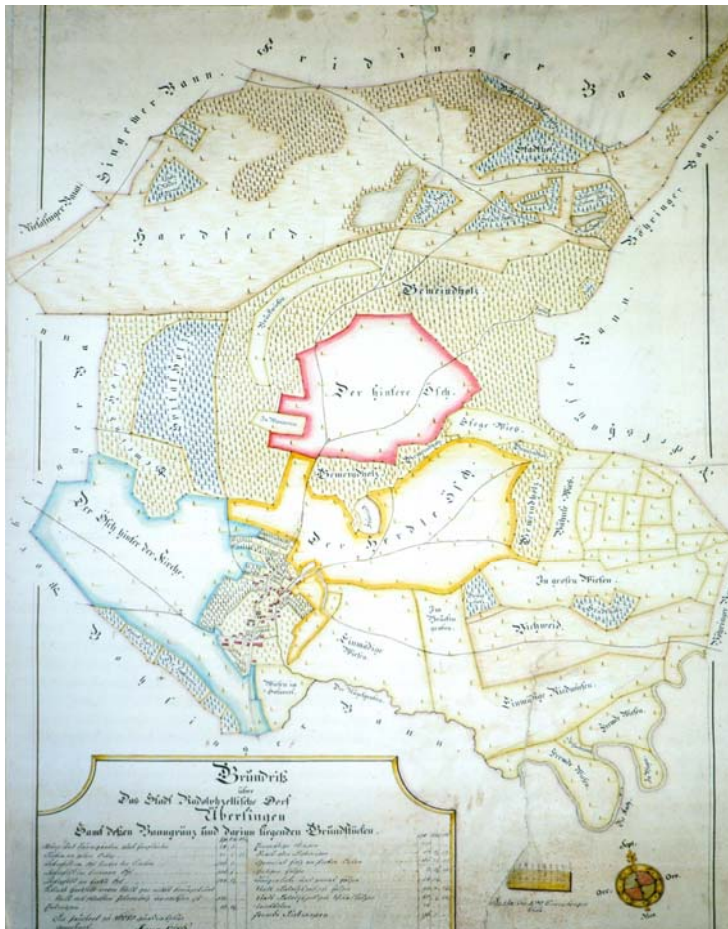
als mich Herr Schütz bat, den Festvortrag für den ersten Überlinger Bürgerdialog zu halten, habe ich mich zunächst gefragt, was einen Bürgerdialog ausmacht und welchem Zweck er dient. Ich bin auf folgende Definition der Bundeszentrale für politische Bildung gestoßen: *„Wenn ein Politiker wissen möchte was seinen Wahlkreis zu einem bestimmten Themenfeld bewegt, hat er die Möglichkeit den Bürgerdialog zu suchen. Dafür kann man dann tatsächlich im jeweiligen Ort vor die Bürgerinnen und Bürger treten und sich mit ihnen austauschen, wie es im Wahlkampf passiert.“* Im Wahlkampf befinden wir uns momentan glücklicherweise noch nicht, aber ich denke, der Aspekt der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort steht auch heute im Vordergrund der Veranstaltung.

Wer in einem Ort lebt und sich mit diesem identifiziert, möchte wissen, wie dessen Geschichte aussieht. Denn die Geschichte prägt Menschen und eine Gemeinschaft über ihre Zeit hinaus. Ich möchte Sie heute daher auf einen kleinen Streifzug durch die Überlinger Geschichte mitnehmen. Und passend zum heutigen Anlass möchte ich an geeigneter Stelle mit ihnen ein paar Gedanken zu Themen wie „Demokratie“ und „Identität“ rund um den Bürgerdialog teilen. Vielleicht ergeben sich ja daraus Anregungen für das gesellige Beisammensein nach dem offiziellen Programmteil.

Der Ortsname Überlingen weist mit der Endung „ingen“ eine häufig anzutreffende Namensendung von Ortschaften auf. Er lässt auf die Siedlungstätigkeit der Alamannen in Südwestdeutschland zwischen dem 3. und 6. Jahrhundert schließen. Grabfunde am Nordausgang des Ortes im Gewann Fallengatter belegen diese Annahme.

Gewöhnlich standen zu dieser Zeit mehrere Gehöfte beieinander und die Benennung der Ansiedlung erfolgte nach dem Namen des wichtigsten Sippenmitgliedes. Im Fall der Ansiedlung Überlingen war dies vermutlich ein Mann mit dem Namen „Ibur“, woraus sich die Bezeichnung „Iburlinga am Ryete“ entwickelte. Mit Ried wird das im Südosten der Gemarkung teilweise an die Aach grenzende, ausgedehnte Wiesenland bezeichnet.

Der Ort Überlingen war seit dem 15. Jahrhundert im Besitz der Stadt Radolfzell und verblieb dort bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts.



Die Flurkarte um 1800 verdeutlicht die flächenhafte Ausdehnung des Ortes und die Gemarkungsgrenzen.

Verwaltet wurde er durch das Ammannamt der Stadt Radolfzell. Ein Ammann, gemeinhin bekannt als „Ammann“, ist der Vorsteher einer Bürgergemeinde und der städtischen Verwaltung. Er hatte die niedere Gerichtsbarkeit inne und kümmerte sich somit um Bußfälle und kleinere Alltagsdelikte, die mit Geldstrafen geahndet wurden. Der Ammann von Radolfzell wurde vom Abt der Insel Reichenau eingesetzt, zu deren klösterlichen Besitz der Ort Überlingen seit dem 13. Jahrhundert gehörte. Und so fällt auch die erste urkundliche Erwähnung Überlingens im Jahr 1256 in diesen kirchlichen Kontext.

Die Bewohner von Überlingen waren Leibeigene der Stadt Radolfzell. Die Leibeigenschaft beschnitt weitgehend das, was man heute „Persönlichkeitsrecht“ nennt: für den Wegzug aus dem Heimatort und eine Eheschließung außerhalb der Gemeinde war nicht nur die Erlaubnis des Leiherrn erforderlich, hierfür musste auch

eine Gebühr entrichtet werden. Daneben mussten die Bewohner von Überlingen diverse Abgaben und Frondienste leisten, die 1764 in einer Vereinbarung zwischen Radolfzell und Überlingen genau festgelegt wurden: jeder Bauer, der einen Pflug besaß, hatte jährlich acht Frondienstfahrten mit Brennholz zu leisten. Als Gegenleistung erhielt er Wein und Brot.

Leibeigenschaft und Frondienste führten auch in Überlingen während der Zeit des Deutschen Bauernkriegs ab 1524 zur Auflehnung der Bauern gegen ihren Lehnsherrn, die Stadt Radolfzell. Der „Bauernkrieg“ hatte seine Wurzeln in der zunehmenden Unterdrückung und Ausbeutung der Landbevölkerung, die auf der mittelalterlichen Ständeordnung fußte. Die Bauern im Hegau formulierten ihre Forderungen in den 62 Artikeln der Stühlinger Untertanen. Sie wandten sich gegen die Einschränkungen bei der Nutzung der Allmende, Ungerechtigkeiten bei der Rechtsprechung und die massive Einmischung der Herrschaft in ihr Alltagsleben.

Im April 1525 schlossen mehr als 10.000 Mann einen Belagerungsring um die Stadt Radolfzell, um ihre Forderungen durchzusetzen. Diese erste Belagerung scheiterte an einer Finte des Kriegshauptmannes des Schwäbischen Bundes, Truchsess Georg III., Freiherr zu Waldegg. Er ließ einige Dörfer niederbrennen und während die Aufständischen die Brandstifter verfolgten, befreite er die Stadt Radolfzell mit seinen Truppen.

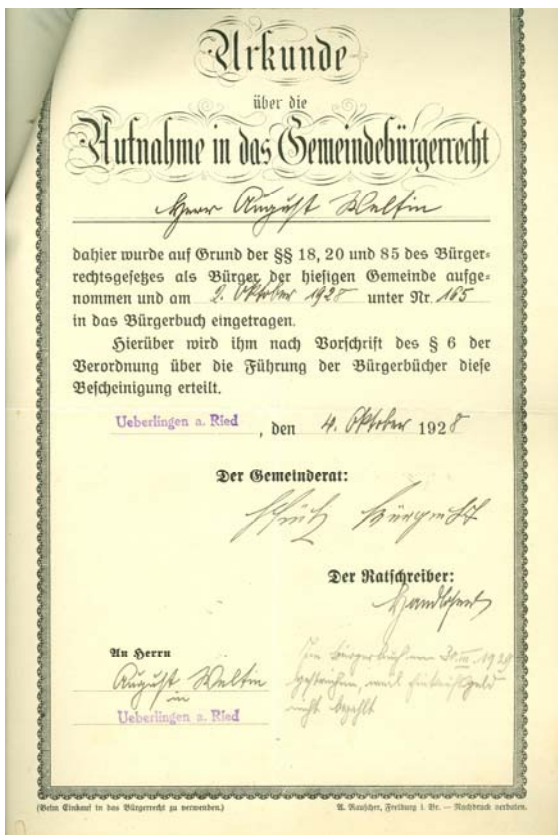
Ab Mai 1525 fand eine zweite Belagerung der Stadt Radolfzell statt, in deren Zuge es zu zahlreichen Plünderungen in den umliegenden Dörfern Bodman, Güttingen und Möggingen kam. Dadurch sollten der Stadt die Versorgungswege abgeschnitten werden. Als die Situation in der belagerten Stadt Radolfzell sich nach vier Wochen verschärfte, schickte die Stadt Überlingen am See ein 8.000 Mann starkes Befreiungsheer unter der Führung des Vogtes von Bregenz, Marx Sittich von Hohenems. Am 8. Juli des Jahres wurde das Bauernheer bei Steißlingen geschlagen und bis nach Hilzingen zurück getrieben. Wenige Tage später wurde es dann endgültig besiegt.

Die Bauern mussten für ihren Aufstand hart bezahlen: im Vertrag von Hilzingen wurde fest gelegt, dass alle aufständischen Bauern für vogelfrei erklärt wurden und ihre Familien hohe Strafen zu zahlen hatten. Die Anführer wurden hingerichtet. Daneben erhoben die Städte Überlingen, Stockach und Radolfzell

Schadenersatzansprüche für die Folgen der Belagerung und die geleistete bewaffnete Hilfe. Überlingen am Ried muss 1525 den Schachenwald sowie die meisten Nutzungsrechte am Spitalwald Raitholz an die Stadt Radolfzell als Entschädigung für die „rebellische“ Erhebung im Bauernkrieg abtreten.

An dieser Stelle möchte ich ein paar Bemerkungen zum Thema „Bürger und Bürgerrecht“ machen: im Mittelalter waren Bürger im Sinne der Ständeordnung die Bewohner einer befestigten Stadt. Sie besaßen Grund und Boden innerhalb der Stadt bzw. einer Gemarkung. Bürger waren von der Steuerpflicht befreit. Eine Teilhabe an der politischen Macht erreichten die Bürger aber erst im Zuge der französischen Revolution 1789. Mit den Revolutionen von 1830 und 1848 wird eine Umbildung des Staates zum Verfassungsstaat erreicht, der den städtischen Bürgern das Recht auf Selbstverwaltung einräumt.

Bürger konnte der Einwohner einer Stadt oder Gemeinde entweder durch Geburt oder durch den Erwerb des Bürgerrechtes werden.



Bürgerrechtsurkunde aus dem Bestand
Gemeindearchiv Überlingen

In Überlingen musste ein Mann für die Aufnahme in das Bürgerrecht 20 Gulden, eine Frau dagegen nur 4 Gulden zahlen. Im 17. und 18. Jahrhundert gab es jedoch kaum Gesuche um Erteilung des Überlinger Bürgerrechts. Lediglich Joseph Stengele aus Thurgau suchte 1727 um die Aufnahme in das Bürgerrecht nach, da er die Witwe Maria Biechlerin heiraten wollte.

Die Bauernbefreiung im 19. Jahrhundert, die durch die französische Revolution 1789 ihren entscheidenden Anstoß erhielt, ermöglichte die Ablösung der Feudallasten und die Umwandlung der Lehengüter in bäuerlichen Eigenbesitz. Nur der Frondienst für die Gemeinde blieb weiterhin in Kraft.

Die Ablösung der alten Abgaben und Zehnten belasteten den Einzelnen bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein, zumal auf die Ablössungssummen stets hohe Zinsen aufgeschlagen wurden. Die Bauernbefreiung brachte somit theoretisch die persönliche Freiheit der Bauern mit sich, faktisch blieben sie aber auf Grund der genannten Zahlungsverpflichtungen noch lange Zeit abhängig von ihren Leihherrn.

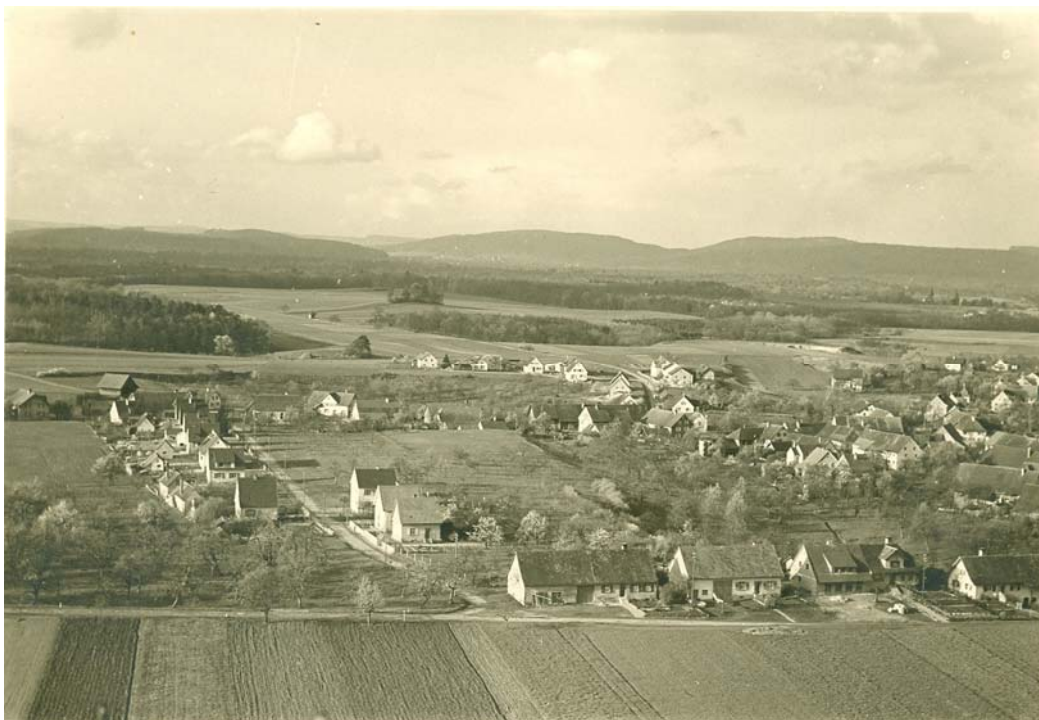
In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts spiegelte der „Bürgergenuss“ - hierbei handelt es sich um das aus dem Stadtvermögen an die Bürger verteilte Getreide, die Teilnahme an der Allmendnutzung sowie das Bürgerholz – auch den Reichtum der Gemeinde Überlingen wider: er bestand aus Allmend-, Weiden- und Krautlandnutzung sowie dem Gabholz.

Doch kehren wir zurück zur lokalen Geschichte hier vor Ort: Im Jahr 1848 gipfelten die nationalen Einheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich gegen die Restaurationsbestrebungen der Herrscherhäuser Europas richteten, auch im Deutschen Reich in einer bürgerlich-demokratischen Revolution. Sie ist gemeinhin bekannt als Märzrevolution. Auch im Hegau bricht diese Revolution im März 1848 offen aus. Die Revolutionäre verfolgen das Ziel eines Demokratischen Deutschen Reiches, motiviert durch die Ideen der Französischen Revolution von Freiheit, Brüderlichkeit und Gleichheit.

Angesichts der revolutionären Unruhen beschloss der Überlinger Gemeinderat am 12. März 1848 die Einführung einer Sicherheitswache. Sie sollte aus zwölf Bürgern bestehen. Bereits wenige Tage später reiste Gemeinderat Gnädig nach Radolfzell,

um die Bewaffnung des Überlinger Bürgermilitärs zu klären. Dieses wurde durch eine Lieferung des Radolfzeller Büchsenmachers Gretsch mit neunzehn Infanteriegewehren angemessen ausgestattet.

Im Lauf des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Gemeinde zur Mustergemeinde des Bezirks. Sie lag abseits wichtiger Verkehrswege und blieb somit lange Zeit unbeeinflusst vom Geschehen in den Nachbarorten. Laut dem Jahresbericht des Bezirksamtes von 1862 war *„der Wohlstand und die Zufriedenheit der vorherrschende Charakter“* des Amtsbezirks Radolfzell, zu dem die Gemeinde Überlingen gehörte. Die Gemeinde selbst war zu diesem Zeitpunkt schuldenfrei, die Gemeindebeamten der *„braven und ruhigen Gemeinde“* wurden als *„tüchtig“* bezeichnet.



Die Dorfansicht aus den 1950er Jahren spiegelt den landwirtschaftlich geprägten Charakter des Ortes wider

An dieser Stelle möchte ich einen kleinen Einschub machen und das Amt und die Stellung des Bürgermeisters in der Gemeinde näher betrachten:

Im Jahr 1711 lässt sich die Bezeichnung Bürgermeister und Rat von Überlingen erstmals in einschlägigen Quellen wie den Gemeinderechnungen finden.

Gemeindepfleger, Bürgermeister, Schultheiß oder Gemeinderechner – wie auch

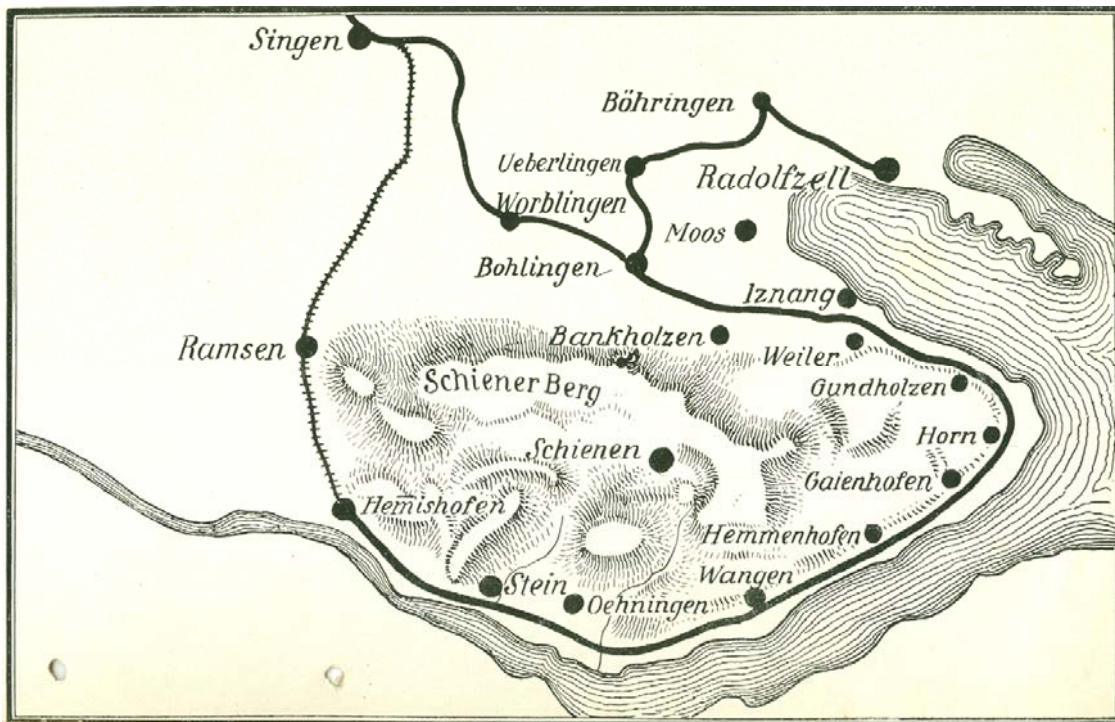
immer die Bezeichnung lautet, die Vorstände der Gemeinde wurden stets auf Zeit gewählt. Neben dieser ehrenamtlichen Tätigkeit übten die Ortsvorstände auch immer einen Beruf aus, zumeist waren sie Bauern, selten auch Handwerker.

Das Amt des Vogtes wurde dagegen lebenslänglich von einem besonders angesehenen Bürger ausgeübt. Der Vogt regierte und richtete als Vertreter eines Feudalherrschers in einem bestimmten Gebiet im Namen des Landesherrn. Im 18. Jahrhundert war dies in Überlingen, wie bereits erwähnt, die Stadt Radolfzell. Mit der badischen Gemeindeordnung von 1831 wurde das Amt des Vogtes abgeschafft, der Gemeindebürgermeister erhielt dafür erweiterte Kompetenzen. Seit dem Bau des Rathauses 1832 nannte sich der Ortsvorsteher auch in Überlingen Bürgermeister.

Im 19. Jahrhundert saßen neben dem Bürgermeister drei Gemeinderäte im Überlinger Rathaus. Doch auch in der „Mustergemeinde“ lief nicht alles ohne Konflikte ab: Im Jahr 1876 kam es nach dem Rücktritt von Bürgermeister Handloser zu einem offenen Wahlkampf. Der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem nationalliberalen, protestantischen Großherzogtum Baden - bekannt als Badischer Kulturkampf - prägte die Wahl zum neuen Bürgermeister von Überlingen am Ried.

Die Brüder Leo und Markus Gnädig wurden als Gegenkandidaten aufgestellt. In den ersten beiden Wahlgängen erhielten beide jeweils gleich viele Stimmen, erst im dritten Wahlgang konnte Leo Gnädig, Kandidat der katholischen Ultramontanen, mehr Stimmen auf sich vereinen. Da auch in der nachfolgenden Gemeinderatswahl die Mitglieder der Ultramontanen Partei siegten, traten die verbliebenen nationalliberalen Mitglieder der Verwaltung zurück.

Das 20. Jahrhundert ist – neben den beiden Weltereignissen Erster und Zweiter Weltkrieg – für Überlingen von der Industrialisierung und Entwicklung vom Bauerndorf zum Wohnort geprägt. Der Ort lag abseits der großen Eisenbahnstrecken, und so entstand im Jahr 1903 die Idee für eine „Höri-Bahn“.



Geplanter Verlauf der „Höri-Bahn“, um 1911

Überlingen wäre durch den Bau einer solchen Bahn zum Knotenpunkt nach Singen und Radolfzell geworden. Ich zitiere aus der Denkschrift: *„Zunächst folgt die Bahnlinie von Singen nördlich der Staatsbahn [...] und geht nach Überlingen am Ried, wo die Abzweigung nach Radolfzell projektiert ist.“* Die Zielsetzung des Projektes für die beteiligten Gemeinden wird in einem zeitgenössischen Flugblatt dargelegt: *„Der Gesamtwohlstand der angeschlossenen Gemeinden würde sich heben; der Güterverkehr würde erleichtert und verbilligt und es käme der Touristenverkehr mit seiner Folge von neuen Ansiedlungen und damit ein schönes Stück Geld ins Land.“*

1911 wurde tatsächlich ein Realisierungskonzept vorgelegt, die geschätzten Kosten beliefen sich auf 2,5 Millionen Mark. Das Projekt scheiterte schließlich drei Jahre später am Widerstand der Gemeinden Stein am Rhein und Hemishofen, die bereits ein eisenbahnerisches Großprojekt mit einer hohen Schuldenlast zu verkraften hatten.

Zu Beginn der 1920er Jahre waren die Energie- und Wasserversorgung die dringlichsten infrastrukturellen Probleme der Gemeinde. Sie beauftragte 1920 das Ingenieurbüro Dr. Greeff in Konstanz mit der Planung zum Anschluss Überlingens an

das Schweizer Stromnetz. Einige HÖri-Gemeinden waren zu diesem Zeitpunkt bereits an das Stromnetz angeschlossen und bezogen ihren Strom vom Elektrizitätswerk des Kantons Schaffhausen.

Bei der Ausführung der Arbeiten stieß die Gemeinde auf zahlreiche Probleme. So sprengte die nach dem Ersten Weltkrieg in Folge hoher Reparationsleistungen einsetzende Inflation im Deutschen Reich die Überlinger Kalkulation. Diese war von Kosten in Höhe von 250.000 Mark ausgegangen. In der Schlussrechnung für dieses Projekt lassen sich einzelne Posten mit einem Teuerungszuschlag von bis zu 600 Prozent finden.

Doch das Projekt kam zu einem glücklichen Ende: Am 18. August 1921 teilte das Elektrizitätswerk Schaffhausen abschließend mit, „*dass die neu erstellte Hochspannungsleitung Arlen-Überlingen am Ried als unter Spannung zu betrachten ist.*“

Grundlagen des zunehmenden wirtschaftlichen Erfolges der Gemeinde waren der Kiesabbau und die Forstwirtschaft. Dank der Gletscherbewegungen der Eiszeit und den daraus resultierenden Kiesvorkommen im Bodenseeraum bot Überlingen einen attraktiven Standort für ein Kieswerk. Bereits 1923 begann die Firma Buckle mit dem Kiesabbau am Ortsrand von Überlingen. Heute betreibt noch die Firma Birkenbühl GmbH ein Kieswerk vor Ort.

Im Ersten Weltkrieg fielen neunzehn Überlinger, drei galten als vermisst. Die Gemeinde zählte bei Kriegsende rund 390 Bewohner. Die Überlinger wählten nach dem Ersten Weltkrieg überwiegend katholisch-konservativ. Die Zentrumsparterie kam konstant auf 80 bis 100 Stimmen, die SPD auf 13 bis 19 Stimmen. Auch die KPD erhielt in Überlingen Wählerstimmen, 1924 konnte sie sogar 23 auf sich vereinigen. Die Stimmen für das linke Lager stammten vermutlich von den Fabrikarbeitern, die in Singen arbeiteten und in Überlingen noch einen Acker besaßen.

Nachdem die beiden linken Parteien SPD und KPD im März 1933 verboten wurden, besetzte man die im Überlinger Gemeinderat frei gewordenen vier Sitze paritätisch mit Vertretern des Zentrums und der NSDAP. Die letzte protokollierte

Gemeinderatssitzung stammt vom 28. August 1935, eine Bürgermeisterwahl fand seit 1933 nicht mehr statt. Somit hatte die Beseitigung demokratischer Strukturen durch die NSDAP auch in Überlingen zur „Gleichschaltung“ der Verwaltung und der kommunalen Gremien geführt.

In die nationalsozialistische Partei traten 1933 etwa 12 Prozent der Überlinger Bewohner ein, die Landwirte waren hier mit 35 Prozent deutlich überrepräsentiert. Die Ideologie des Nationalsozialismus, die u.a. das bäuerliche Leben glorifizierte, brachte für landwirtschaftliche Gemeinden zahlreiche Vorteile mit sich. So wurden beispielsweise jährlich 15 bis 20 Landhelfer nach Überlingen geschickt, um den Bauern bei der Ernte und im Haushalt zu helfen.

Die Mithilfe im landwirtschaftlichen Betrieb stand auch im Vordergrund für den Einsatz von Kriegsgefangenen hier in Überlingen. Während des Zweiten Weltkrieges stellte die Gemeinde bereits im März 1940 den Antrag auf Zuweisung von zehn Kriegsgefangenen. 1945 wurden in Überlingen 71 Kriegsgefangene gezählt, in der Mehrheit Serben und Polen. Während des Krieges wurden aber auch zahlreiche Flüchtlinge in Überlingen aufgenommen, so beispielsweise im „Bombenwinter“ 1944 105 Personen und gegen Kriegsende 1945 141 Flüchtlinge.

Nach Kriegsende setzte die französische Militärregierung Karl Teufel, einen Kommunisten und ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof, als ersten Nachkriegsbürgermeister ein. Aus den unzähligen Statistiken, die er in den ersten Monaten seiner Amtszeit der Militärregierung vorlegen musste, lässt sich die Zahl von 25 Kriegsgefallenen für Überlingen ermitteln. An die Kriegsgefallenen erinnert noch heute das Kriegerdenkmal hier auf dem Überlinger Friedhof.



Kriegerdenkmal auf dem Überlinger Friedhof

Die Gemeinde Überlingen profitierte in der unmittelbaren Nachkriegszeit von ihren starken landwirtschaftlichen Strukturen. Trotz der zu leistenden Abgaben an die französische Besatzungsmacht konnten die umliegenden Felder die Überlinger Bewohner und sogar die Bewohner der Städte Radolfzell und Singen mit Gemüse versorgen.

1947 wurde Alfons Brutscher zum neuen Bürgermeister gewählt. Eines seiner Hauptanliegen war die Entlassung der Überlinger Kriegsgefangenen, für die regelmäßig Kleidersammlungen durchgeführt wurden. In einem Brief aus dem Winter 1947 äußert der Kriegsgefangene Fritz Sontheimer die Hoffnung, dass *„dieses Jahr 1948 uns den lang ersehnten Entlassungsschein bringen wird, da wir halt mal das große Pech haben, bei den Letzten zu sein, die nach Hause können“*.

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts steht im Zeichen des Ausbaus der Infrastruktur und der Eingemeindung in die Stadt Singen. Die Gemeinde besaß seit 1835 eine Volksschule, in der im Durchschnitt 70 Schüler unterrichtet wurden. Das neue Schulhaus mit angeschlossener Turnhalle wurde 1962 eingeweiht.

Im Jahr 1957 bekam Überlingen am Ried den ersten Kindergarten, der sich besonders um die Integration hörgeschädigter Kinder bemühte. Der Kindergarten

war zunächst im katholischen Schwesternhaus in der Singenerstraße untergebracht, 1971 folgten dann der Neubau und die Einweihung des heutigen Kindergartens.

Ich möchte die nun folgenden Betrachtungen zur Eingemeindung Überlingens nach Singen unter das Thema „Demokratie“ stellen, ist dieser Prozess doch ein gutes Beispiel gelebter Demokratie „von unten“, wie wir gleich sehen werden: Gemeindezusammenschlüsse waren in den 1930er Jahren nicht vom Prinzip der Freiwilligkeit und Eigeninitiative bestimmt, sondern wurden durch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 geregelt. Diese sah vor, dass der Reichsstatthalter die Änderung des Gemeindegebietes, das Ortsrecht und die neue Verwaltung regelte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden 1955 in der Gemeindeordnung für das Land Baden-Württemberg demokratische Prinzipien für Gebietsänderungen festgelegt. Die Grenzänderungen müssen freiwillig und nach Anhörung der betroffenen Bürger erfolgen.

Im Zuge der Gemeindereform in Baden-Württemberg zu Beginn der 1970er Jahre, die den Zusammenschluss einzelner Gemeinden zu größeren, effizienteren Verwaltungseinheiten verfolgte, gewann das Prinzip der Freiwilligkeit und Mitbestimmung der Gemeindebewohner erneut an Bedeutung. Verschwiegen werden soll an dieser Stelle aber auch nicht, dass die Freiwilligkeit mit finanziellen Landeszuschüssen erheblich „beflügelt“ wurde. Immerhin knapp 3 Millionen D-Mark, verteilt auf einen Zeitraum von neun Jahren, betrug diese Finanzaufweisung.

In nur drei Monaten, von September bis Dezember 1970, wurde der Inhalt der schriftlichen Vereinbarung zur Eingemeindung zwischen Überlingen am Ried und Singen erarbeitet. Die „Ehe“ zwischen der Industriestadt und dem ländlich geprägten Dorf wurde in zahlreichen Sitzungen der beiden Gemeinderäte - besonders hier in Überlingen - oftmals kontrovers diskutiert. So spielte beispielsweise die Beibehaltung der Hausschlachtung für die Überlinger eine wichtige Rolle.

Am strittigsten war die Frage nach Vertretung der Überlinger im Gemeinderat Singen: die Überlinger beanspruchten in Hinblick auf das beträchtliche Gemeindevermögen – ihrer „Mitgift“, um im Bild zu bleiben – zwei Sitze, die Singener wollten ihnen auf Grund der Einwohnerzahl lediglich einen einzigen zugestehen. Die

Überlinger setzten sich schlussendlich durch, in der Verwaltungsvereinbarung sind für ihren Ortsteil zwei Sitze im Gemeinderat festgelegt.

Am 29. November 1970 fand eine Bürgeranhörung statt, der eine Bürgerversammlung vorangegangen war. Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 71% stimmten zwei Drittel der Befragten für die Vereinigung. Am 10. Dezember stimmte der Gemeinderat Überlingen in geheimer Abstimmung mit überwiegender Mehrheit für die Vereinigung, fünf Tage später zog der Singener Gemeinderat einstimmig nach. Am gleichen Tag unterzeichneten im Singener Rathaus Oberbürgermeister Möhrle aus Singen und Bürgermeister Löhle aus Überlingen die Vereinbarung über die Eingliederung. Überlingen am Ried wurde am 1. Januar 1971 der erste Stadtteil von Singen mit 945 Einwohnern und einer Fläche von 878 ha.

Die Vereinbarung belässt den Überlinger Bürgern ihr bisheriges örtliches Brauchtum und ihr kulturelles Eigenleben und garantiert eine entsprechende Förderung und Unterstützung der Träger. Trotz Aufgabe der kommunalen Selbständigkeit verbleibt ein Rest kommunaler Selbstverwaltung in Form der sogenannten Ortschaftsverfassung. Der Ortschaftsrat muss bei schwerwiegenden Entscheidungen seine Zustimmung erteilen und der Ortsvorsteher ist mit beratender Stimme im Gemeinderat vertreten.

Der Vertrag sah auch die Verbesserung der Infrastruktur vor wie die Vollendung der Kanalisation und die Erstellung eines Dorfbrunnens. Der neue Dorfbrunnen konnte am 15. und 16. Mai 1982 mit einem Brunnenfest eingeweiht werden.



Dorfbrunnen, 1980er Jahre

Die Eingemeindungsvereinbarung erlaubt mir an dieser Stelle auch einen Blick auf das Vereinsleben in Überlingen am Ried. Vereine tragen im hohen Maße zur lokalen Identifikation bei. Sie sind oftmals Traditionsvereine, wie beispielsweise die Feuerwehr Überlingen am Ried, die 1887 gegründet wurde.

Die Gründung des Musikvereins Überlingen am Ried fällt in das Jahr 1911. Er wurde von sieben Männern ins Leben gerufen, die von ihrem eigenen Geld Instrumente kauften und diese kostenlos dem Verein zur Verfügung stellten. Die erste Probe fand im Gasthaus „Zum Kreuz“ statt. Zunächst wurden vor allem kirchliche Feste musikalisch begleitet, später dann auch sonstige feierliche Anlässe im kulturellen Leben des Dorfes. In Folge des Ersten Weltkrieges kam es zu einer Unterbrechung der Vereinstätigkeit bis 1920. Vier Musikkameraden verloren in diesem Krieg ihr Leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten einige Musiker von der französischen Militärregierung am 22. November 1948 die Genehmigung zur Neugründung des Vereins. Der Verein begann umgehend mit der Ausbildung des musikalischen Nachwuchses, neben der Musikkapelle bildete sich in den 1950er Jahren eine

Tanzformation. Zum 50-jährigen Jubiläum wurden neue Uniformen eingeweiht, an verschiedenen Stelen des Dorfes Triumphbögen aufgestellt und die Häuser festlich geschmückt. Im Verein herrscht der Grundsatz: *„Die Musikkapelle ist für die Bürger von Überlingen da. Darüber hinaus hat sie auch dafür zu sorgen, dass ein guter kameradschaftlicher Geist innerhalb der Vereine vorliegt und ein Arbeiten „Hand in Hand“ gewährleistet ist“.*

Der Turn- und Sportverein wurde zum ersten Mal im Jahr 1901 gegründet. 1932 musste er allerdings im Zuge der Weltwirtschaftskrise wieder aufgelöst werden, die Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg fällt in das Jahr 1952.

Knapp zwei Jahre später konnte 1954 der neue Sportplatz in Betrieb genommen werden. Er wurde vor allem durch zahlreiche freiwillige Arbeitsstunden der Vereinsmitglieder ermöglicht.



Übergabe des Sportplatzes 1954

Der Turn- und Sportverein ist heute einer der größten Vereine in Singen.

Die Mitglieder haben in Eigenleistung Umkleideräume und einen Sitzungs- und Schulungsraum auf die Beine gestellt. Die Jugendabteilung ist seit 1992 weitgehend selbständig mit eigener Kasse und eigenen Ämtern organisiert. Der TSV Überlingen war damit einer der ersten Vereine, der die Jugendarbeit in dieser Weise beförderte.



Luftaufnahme des Stadtteils Überlingen am Ried

Und mit diesem kleinen Überblick über das Überlinger Vereinsleben möchte ich meinen „Streifzug“ durch die Überlinger Geschichte beenden. Ich hoffe, er hat ihnen einen Eindruck davon verschafft, wie sehr die Geschichte auch vom Engagement der Menschen vor Ort abhängt, die sie formen und verändern. Denn Geschichte ist immer auch die Geschichte von Menschen, die sie „schreiben“. Sie geben einem Ort sein Gesicht, für sie ist er ihre Heimat. Mit seiner Heimat identifiziert man sich, und lokale Identifikation ist heute wieder ein wichtiges Gut und ein Wert an sich geworden. Sie gibt uns den notwendigen Rückhalt, um unsere Ziele zu erreichen und Dinge zu verwirklichen.

Und so wünsche ich Ihnen, dass auch Ihr Bürgerdialog in Zukunft dazu beiträgt, ein Teil der Überlinger Geschichte zu werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!